

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Katja Keul, Agnieszka Brugger, Omid Nouripour,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/14112 –**

Keine Nutzung der Ramstein Air Base für völkerrechtswidrige Tötungen

A. Problem

Die Antrag stellende Fraktion ist mit Bezug auf die Ramstein Air Base nahe Kaiserslautern besorgt, dass die Bundesregierung ihren verfassungs- und völkerrechtlichen Pflichten im Zusammenhang mit über deutschen Boden gesteuerten Kampfdrohneinsätzen der USA nicht in ausreichendem Maße nachkommt. Sie fordert daher die Bundesregierung auf, ihren nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion verfassungs- und völkerrechtlichen Pflichten nachzukommen, indem 1. sie unverzüglich wirksame amtliche Ermittlung zum Tod von Zivilistinnen und Zivilisten durch die über Ramstein gesteuerten Drohnenangriffe veranlasst, ohne den Ausgang des Berufungsverfahrens abzuwarten; 2. sie effektiv darauf hinwirkt, dass die USA die Satelliten-Relaisstation auf der Ramstein Air Base nicht zur Durchführung völkerrechtswidriger Tötungen nutzen; 3. sie gegenüber der US-Regierung klarstellt, dass völkerrechtswidrige Tötungen über die Satelliten-Relaisstation auf der Ramstein Air Base den Fortbestand der Relaisstation in Frage stellen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/14112 abzulehnen.

Berlin, den 16. Dezember 2020

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Ursula Groden-Kranich
Berichterstatterin

Dr. Karl-Heinz Brunner
Berichterstatter

Armin-Paulus Hampel
Berichterstatter

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Sevim Dağdelen
Berichterstatterin

Omid Nouripour
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Ursula Groden-Kranich, Dr. Karl-Heinz Brunner, Armin-Paulus Hampel, Bijan Djir-Sarai, Sevim Dağdelen und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/14112** in seiner 140. Sitzung am 16. Januar 2020 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss und zur Mitberatung dem Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, dem Verteidigungsausschuss und dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antrag stellende Fraktion ist mit Bezug auf die Ramstein Air Base nahe Kaiserslautern besorgt, dass die Bundesregierung ihren verfassungs- und völkerrechtlichen Pflichten in Zusammenhang mit über deutschen Boden gesteuerten Kampfdrohneinsätzen der USA nicht in ausreichendem Maße nachkommt. Sie fordert daher die Bundesregierung auf, ihren nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion verfassungs- und völkerrechtlichen Pflichten nachzukommen, indem 1. sie unverzüglich wirksame amtliche Ermittlung zum Tod von Zivilistinnen und Zivilisten durch die über Ramstein gesteuerten Drohnenangriffe veranlasst, ohne den Ausgang des Beru-fungsverfahrens abzuwarten; 2. sie effektiv darauf hinwirkt, dass die USA die Satelliten-Relaisstation auf der Ramstein Air Base nicht zur Durchführung völkerrechtswidriger Tötungen nutzen; 3. sie gegenüber der US-Re-gierung klarstellt, dass völkerrechtswidrige Tötungen über die Satelliten-Relaisstation auf der Ramstein Air Base den Fortbestand der Relaisstation in Frage stellen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat die Vorlage auf Drucksache 19/14112 in seiner 125. Sitzung am 16. Dezember 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/14112 in seiner 73. Sitzung am 16. Dezember 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stim-men der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage auf Drucksache 19/14112 in seiner 68. Sitzung am 16. Dezember 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat über die Vorlage auf Drucksache 19/14112 in seiner 70. Sitzung am 16. Dezember 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stim-men der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 16. Dezember 2020

Ursula Groden-Kranich
Berichterstatterin

Dr. Karl-Heinz Brunner
Berichterstatter

Armin-Paulus Hampel
Berichterstatter

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Sevim Dağdelen
Berichterstatterin

Omid Nouripour
Berichterstatter